

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Holme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halber: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dählerbrück, Rönshah, Rierspe, Rierspe-Bahnhof, Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbeck, Ohl, Kupferberg, Radenornwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beil & Co., Halber i. B. - Fernsprecher Nummer 442, Amt Halber. - Telegramm-Adresse: Anzeiger Halber

Nr. 156	Erscheinungspreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit o. Reichspennig für Behörden, Finanzangelegenheiten u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspennig, Reklame 40 Reichspennig - Wertgebühren 30 Reichspennig und Porto.	Halber Freitag, den 7. Juli	Ersteinstellung	1933
			Mit 4 Gratisbeilagen. Bezugspreis monat. M. 1.85 einschl. 30 Pfg. Postgeb. u. 36 Pfg. Zustellgeb. - Postcheckkonto: Dortmund 2941. -	

Des Zentrums Ende.

Länger, als man es im allgemeinen erwartete, hat es gedauert, bis nun auch die Deutsche Zentrumspartei, teils Not gehorchend, teils einem immer energischeren und nachgebend, durch ihren Vorsitzenden, den früheren Reichszentralrat Dr. Brüning, aufgelöst worden ist; damit schwindet die letzte politische Partei im bisherigen Sinne aus Deutschlands öffentlichem Leben. Eine seltsame Ironie der Geschichte ist es, daß diese Auflösung gerade von dem Manne vollzogen wurde, der sozusagen den ersten Spatenstich zum Grabe des parlamentarisch-politischen Systems getan hat, ein System, das Dr. Brüning aber doch wieder im Kampf gegen die heranbrandende Bewegung des Nationalsozialismus wenigstens grundsätzlich zu retten versuchte. Sie hat ihn mitsamt dem Zentrum hinweggeführt.

Die Geschichte der Nachkriegszeit in Deutschland ist in größtem Umfange identisch mit der Geschichte des Zentrums seit dem Augenblick, als in der neuen deutschen Nationalversammlung von 1919 das Zentrum, das doch lange Jahre hindurch in Preußen, Bayern, zeitweise auch im Reich mit den damaligen konservativen zusammengekauft hatte, nun einen Frieden und sogar ein Bündnis mit den Machern und Nutznießern der Revolution abschloß. In seiner geschichtlichen Entwicklung dem Boden der katholischen Weltanschauung entsprossen, empfanden gerade große Teile des deutschen katholischen Volksteils es dunkel oder bewußt, daß durch jenes Verhalten des Zentrums im Jahre 1919 und seither ein Bruch mit den früheren Grundsätzen vollzogen war. Es war „auf den Boden der Tatsachen getreten“, trieb mit Hilfe der Demokratie und Sozialdemokratie eine „Politik der Opportunität“, die, je länger, desto mehr sehr starke partei-egoistische Züge trug und noch häufiger Zentrum und Katholizismus in einer für diesen ebenso verhängnisvollen Art verwechselte, wie das des öfteren in der Vorkriegszeit geschehen war und damals zu einem Zusammenprall der Partei mit nationalen Forderungen geführt hatte.

Der stärkste Vorwurf aber, der in der Nachkriegszeit weltanschaulich gegen das Zentrum zu richten ist, bleibt immer der, daß ihm das Zusammengehen mit der Sozialdemokratie die Angriffs-, ja sogar die Verteidigungskraft gegenüber dem Ansturm des rein materialistischen Marxismus und dessen kommunistischer Gefolgsleute gelähmt hat. Der allzu große Widerspruch zwischen dieser Wirklichkeit und dem „Grundfäßlichen“ des Zentrumsprogramms bzw. seiner weltanschaulichen Verwurzelung klappte immer weiter auf und ließ den Anspruch des Zentrums, alleiniger politischer Vertreter der katholischen Interessen in Deutschland zu sein, immer hinfalliger erscheinen, was schon rein zahlenmäßig bei den Parlamentswahlen zum Ausdruck und Ausbruch kam. Außerdem war die Partei in den 14 Jahren der Nachkriegszeit aufs schwerste dadurch belastet, daß gerade Männer des Zentrums es waren, die, von Erzberger über Brüning, Marx bis zu Brüning, die eigentliche politische Verantwortung zu tragen hatten, aber nicht bloß vor dem deutschen Volk der jüngsten Vergangenheit und der Gegenwart, sondern vor der Geschichte.

Eine politisch-parlamentarische Vertretung der konfessionellen Interessen eines Volksteiles war eben in der Nachkriegszeit an sich schon nicht bloß überflüssig geworden, sondern enthielt obendrein ein Prinzip der Abgrenzung von anderen Volksteilen, das jedenfalls im Weltkrieg reiflos überwunden war und nie hätte wiederhergestellt werden dürfen. Gegenüber der in und nach der Revolution „siegreichen“ marxistischen und christentumsfeindlichen Sozialdemokratie hatte die damalige Gründung einer „Christlichen Volkspartei“, die konfessionell nicht einseitig sein sollte, einen notwendigen Sinn, aber sehr schnell ist diese Idee zugunsten der katholisch-konfessionellen Wiedereinkapselung im Zentrum aufgegeben worden, das seinen alten Namen wieder trug.

Diese politisch-konfessionelle Verkapplung hat der Nationalsozialismus unter Hitlers Führung gesprengt. Erstens nach der rein politischen Seite hin, indem er den parlamentarischen Demokratieismus - in den das Nachkriegszentrum tiefe Wurzeln eingegraben hatte - rücksichtslos beiseiteschob. Und zweitens zerstörte Hitler die konfessionelle Seite der Einkapselung dadurch, daß sich der Nationalsozialismus im allgemeinen und die Hitler-Regierung im besonderen bemühten, über das religiöse Trennende hinweg das Wollen und Handeln der Protestanten und der Katholiken Deutschlands auf ein einziges großes Ziel einzustellen: Deutschland. In einer großen Berliner Kundgebung hat der Oberpräsident für Brandenburg, Hitlers alter Mitkämpfer Kube, mit Recht darauf verwiesen, es sei „durch die Überbrückung der konfessionellen Gegensätze schließlich gelungen, daß „das Zentrum aus seinen Hochburgen hinweggeführt wurde“. Ausdrücklich stellt dann Kube fest, daß „das Zentrum nicht durch ein einheitliches Bekenntnis von nationalsozialistischen Protestanten habe überwunden werden können, sondern nur dadurch, daß sich mehr als die Hälfte der deutschen Katholiken zu Adolf Hitler bekannte“. Und weiter wird - notwendigerweise - sehr scharf unterstrichen: „Es kann von keiner Seite mehr versucht werden, einen neuen Glaubenskrieg zu entfachen.“

Vielleicht ist für die „Überfälligkeit“ des Zentrums übrigens nichts so bezeichnend wie die Tatsache, daß die Verhandlungen über ein Reichskonkordat mit der katholischen Kirche allein durch den Vizekanzler von Papen als Mitglied der Reichsregierung geführt wurden, ohne daß dabei ein Führer jener Partei mitwirkte, die seit 1871 die alleinige politische Vertretung der katholisch-kirchlichen Interessen in Deutschland zu sein behauptet hat.

Unterstützt die Regierung

Spendet Arbeit!

Der Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, Fritz Reinhardt, hat an alle Volksgenossen und Volksgenossinnen den folgenden Aufruf gerichtet:

„Die Reichsregierung der nationalsozialistischen Revolution ruft alle Volksgenossen und Volksgenossinnen auf, freiwillige Spende zur Förderung der nationalen Arbeit zu leisten. Die Spende kann in bar, durch Zahlkarte, Postchecküberweisung oder Banküberweisung geleistet werden. Für die Entgegennahme der Spende ist das Finanzamt zuständig. Der Spender muß also den Spendenbetrag bei der Kasse des Finanzamtes einzahlen, oder durch Zahlkarte, Postchecküberweisung oder Banküberweisung auf das Postcheckkonto des Finanzamtes überweisen.“

Arbeiter und Angestellte können ihren Arbeitgeber bitten, bei der nächsten Lohn- oder Gehaltszahlung einen bestimmten Betrag einzubehalten und für sie als freiwillige Spende zur Förderung der nationalen Arbeit an das Finanzamt abzuführen.

Es sollte kein Angestellter und kein Beamter unterlassen, sofort zu veranlassen, daß von seinem Gehalt ein bestimmter Betrag als freiwillige Spende einbehalten und für ihn an das Finanzamt abgeführt wird. Wo die Berücksichtigung dieses Wunsches aus technischen Gründen nicht mehr möglich sein sollte, ist es Sache des Angestellten oder Beamten, den Spendenbeitrag durch Zahlkarte, Postchecküberweisung oder Banküberweisung dem Konto des Finanzamtes zuzuleiten.

Alle Volksgenossen und Genossinnen, die nicht in einem Arbeitnehmerverhältnis stehen, sondern Unternehmer, Angehörige eines freien Berufs oder Rentner sind, überweisen, soweit es noch nicht geschehen ist, einen Betrag als freiwillige Spende zur Förderung der nationalen Arbeit auf das Konto des Finanzamtes.

Die Reichsregierung der nationalsozialistischen Revolution erwartet, daß alle deutschen Männer und Frauen den Begriff der Volksgemeinschaft erfassen. Wer sich zur deutschen Volksgemeinschaft bekennt, der muß bereit sein, von seinem Einkommen freiwillig einen Betrag zur Förderung der nationalen Arbeit zu spenden. Die Spende wird verwendet zur Beschaffung von Arbeit für solche Volksgenossen, die bereits seit vier Jahren ohne Einkommen sind. Ein Mindestbetrag ist nicht vorgeschrieben. Auch der kleinste Betrag, der als freiwillige Spende zur Förderung der nationalen Arbeit gegeben wird, bildet einen Teil der Hilfe zur Verminderung der Arbeitslosigkeit und damit des sozialen Elends.

Volksgenossen und Volksgenossinnen, spendet, spendet alle, spendet sofort!

Steuer Sorgen unserer Gastwirte.

Forderungen auf der Reichstagung der Gauverwalter des NSD.

Nachdem das Gaststättengewerbe durch den Reichseinheitsverband zu einer Einheitsorganisation zusammengeschlossen worden ist, fand in Berlin eine Tagung sämtlicher Gauverwalter Deutschlands statt. Der NSD, als nationalsozialistische Berufsorganisation hat den Gauverwaltern die Richtlinien seiner Arbeit mitgeteilt und sie verpflichtet, im Sinne der Reichsleitung in ihren örtlichen Gauen die Ziele des Gaststättengewerbes durchzuführen. Auch die Vertreter der Freien Stadt Danzig, deren Berufsorganisation mit dem Reichseinheitsverband im Kartellvertrags steht, nehmen an den Verhandlungen teil.

Zunächst gab Präsident Goerke einen Rückblick über den organisatorischen Aufbau des Verbandes und über die Tätigkeit der Reichsleitung. Bei der Besprechung der Steuerfragen wurde eine Vereinheitlichung des Steuersystems im Gaststättengewerbe als dringend notwendig erachtet. In erster Linie wird die Beseitigung der Gemeindegetränksteuer sowie die Ermäßigung der Luftbarkeitssteuer als Sofortmaßnahme verlangt.

Arbeitsfrei gehört vor den Treuhänder.

Der Reichsarbeitsminister teilt im Einverständnis mit dem Reichswirtschaftsminister mit:

Es besteht Veranlassung, erneut darauf hinzuweisen, daß für die Regelung der Arbeitsbedingungen im Streitfall an Stelle der bisherigen Tarifvertragsparteien ausschließlich die vom Herrn Reichszentralrat auf Grund des Gesetzes über Treuhänder der Arbeit vom 19. Mai 1933 und der hierzu ergangenen Durchführungsverordnung vom 13. Juni 1933 ernannten Treuhänder der Arbeit zuständig sind.

Es ist nach ausdrücklicher Erklärung und Anweisung des Führers der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Ley, nicht Aufgabe der von der Deutschen Arbeitsfront ernannten Bezirksleiter bzw. der Bezirksleiter der NSD, in die Gestaltung der Arbeitsbedingungen einzugreifen. Auch diese Stellen sind an die ausschließliche Zuständigkeit der Treuhänder der Arbeit gebunden und leiten die sich aus diesem Gebiet ergebenden Fragen an den Treuhänder der Arbeit weiter.

Die Weimarer Zeit des Zentrums ist zu Ende, nicht erst mit dem Tage, an dem es sich auflöste. Das hat es mit Widerstreben getan, und der Vorwurf Kubes, nicht „in Schönheit sterben“ zu können, wäre wohl nicht erhoben worden, wenn es eher der Tatsache Rechnung getragen hätte, daß seine Zeit vorbei, daß seine Wurzeln verdorrt waren. Und konfessionellpolitisch sollen wir im Kampf für Deutschland nicht fragen, ob der Mann, der uns führt, ob die Männer, die neben uns stehen, Katholiken oder Protestanten sind, sondern nur das eine wie einmals draußen in Not und Tod: ob sie ihre Pflicht in diesem Kampfe tun.

Katholische Feldgeistliche hinter Hitler.

Bei einer Jahresversammlung der Vereinigung ehemaliger bayerischer katholischer Feldgeistlicher in München erklärte Polizeioberpfarrer Schneider, wenn heute der Frontsoldat wieder an der Spitze des Staates marschiere, so marschiere auch der Frontgeistliche mit ihm. Jeder Katholik müsse selbstverständlich hundertprozentig national und christlich sein.

Presse-Echo der Zentrumsauflösung

Zu der Selbstauflösung des Zentrums nimmt nur ein kleiner Teil der Berliner Blätter Stellung.

Der Völkische Beobachter versteht die kurze Tatsachenmeldung mit der Feststellung: „Nach den bisherigen Andeutungen über den Verfall des Zentrums war diese Erklärung nur noch eine Formsache. Das Zentrum hat also nunmehr ebenfalls ausgespielt.“

Der Tag schreibt unter der Überschrift „Reiner Tisch“: Der deutsche Katholizismus sei befreit von einer Last, die ihn in einen gefährlichen Strudel hinabzieht. Ein Erdbeben habe die Apokalypse der Spaltung verschlungen. Es sei nur bezeichnend, daß die Zentrumspartei die bewegende Dynamik der Zeit und deren ewig gültigen Antrieb zuletzt verstanden habe.

Die DAZ stellt fest, der völlig auf positive Mitarbeit abgestellte Grundton mag dem Ausland zeigen, wie groß die Gewalt des unaufhaltbaren Einschmelzungsprozesses geworden sei, der alles Alte beseitigt und nur die großen neuen Aufgaben der Nation bestehen lasse.

Der Berliner Börsen-Courier meint, der katholische Volksteil werde über die Liquidierung des Zentrums keinen Grund zur Klage haben; denn die Partei sei schon lange nicht mehr die Vertretung des katholischen Volkes gewesen. Beste Katholiken hätten einen anderen Begriff von der politischen Mission der Partei im Staate gehabt, als Kube und andere, die mehr als einmal unberechtigte Sonderrechte im Staat beanspruchten. Es sei eigenartig, daß die ehemaligen heute immerdar ihr Bekenntnis zur Regierung betonten mit einem etwas zu lauten Schrei nach dem Nationalsozialismus. Man könne es nicht recht verstehen,

daß sie, die jahrzehntelang in einer der heutigen Zeit entgegengesetzten Ideologie lebten, in einigen Stunden zu glühend Überzeugten wurden.

Wie erst jetzt bekannt wird, hat die Reichsleitung der „Völkisch-Recht-Partei“ mit Rundschreiben vom 1. Juli die freiwillige Selbstauflösung der Parteiorganisation erklärt und den Völkischkämpfern den Übertritt zur NSDAP. empfohlen.

Der Vorhang fällt in London.

Die Weltwirtschaftskonferenz vor der Auflösung.

Am Donnerstagvormittag sollte in London bei der Sitzung des Büros der Weltwirtschaftskonferenz die Entscheidung über die Vertagung fallen, an der niemand mehr zweifelt. Das Büro, dem die Vertreter von 16 Staaten angehören, vertagte sich jedoch nach mehrstündiger Sitzung noch einmal auf den späteren Nachmittag. Auf eine Anregung von Macdonald will man es vermeiden, daß irgendein Staat den Vertagungsantrag stellt, und will daher in einer noch einzuberufenden Vollsitzung den Vertagungsantrag des Steuerauschnusses zur Debatte stellen - ein fast kindlich anmutendes Spiel, mit dem die Konferenz weder sich selbst noch anderen Sand in die Augen streuen kann. Aber unter der Regie des bekanntlich aus den Genfer Völkerbundbüros zusammengestellten Sekretariats spielt man die alten, von niemand in der Welt mehr ernst genommenen Tricks, um den blamablen Ausgang der mit so gewaltigen Mitteln zusammengebrachten Konferenz noch irgendwie zu verschleiern.

Wie es tatsächlich steht, erfährt man aus zwei Tatsachen: die Amerikaner haben einschließlich ihrer Pressevertreter bereits auf dem am Sonnabend von Southampton nach New York abgehenden großen Überseedampfer alle noch verfügbaren Kabinen belegt lassen. Und das bereits erwähnte Sekretariat der Weltwirtschaftskonferenz packt ebenfalls die Koffer und hat seine Abreise nach Genf für den Sonnabend festgelegt. Damit wird also die erneut angesetzte Sitzung des Büros und der Vollkonferenz zu einem nur noch formellen Akt, die Vertagung als solche steht für alle Teilnehmer fest.

Auch hier gehört wieder einmal genau wie für die Genfer Veranlassungen das Wort her: „Ein großer Aufwand nutzlos vertan!“

Um „das Gesicht zu wahren“ . . .

Das Büro der Londoner Wirtschaftskonferenz nahm dann glücklich in den Abendstunden des Donnerstags einstimmig den Vorschlag des Steuerauschnusses an, die Kon-

ferenzverhandlungen „in beschränktem Umfange fortzusetzen“. Zu diesem Zweck wurden die Unter-
aufschüsse aufgefördert, eine Liste aller Fragen auf-
zustellen, die unter Berücksichtigung der unregelmäßigen
Währungsfrage verhandelt werden können. Sobald die
Liste aufgestellt ist, wird eine neue Bürokratie einberufen,
„um den weiteren Kurs“ festzulegen.

Man hat also in diesem Londoner Kuriositäten-
museum noch nicht einmal die Zivilcourage auf-
gebracht, sich mit dem Odium eines klaren und ein-
deutigen Vertagungsbeschlusses zu belasten. Trotzdem
doch dieser so schamhaft abgefaßte und einstimmig ge-
billigte Vorschlag des Steueraussschusses zu nichts an-
derem „gesteuert“ hat, als zu dem unwürdigen Be-
gründungsbericht der Konferenz. Denn Fragen, „die unter Be-
rücksichtigung der unregelmäßigen Währungs-
frage geregelt werden können, sind im Augenblick
von gar keinem Interesse. Aber man hat „das Gesicht
gewahrt“ und setzt die Verhandlungen „in beschränktem
Umfange“ fort. — Amerika, das den Mut hat, völlig
neue Wege zu gehen, wird sich um das Londoner Posen-
spiel darum herzlich wenig kümmern.

Neue Hoffnungen in London.

In englischen politischen Kreisen zeigte sich nach dem
Beschluss des Büros, die Arbeit der Konferenz fortzu-
setzen, ein starker, vom englischen Standpunkt aus ver-
ständlicher Optimismus. So wurde erklärt, daß die in
der Verlautbarung enthaltene Stellungnahme der Gold-
länder, an keinen Währungsverhandlungen teilnehmen
zu können, ausschließlich für die sechs Goldländer Frank-
reich, Italien, Schweiz, Belgien, Holland und Polen bin-
dend sei, und alle anderen Länder nicht daran hindere, die
Währungsfrage zu erörtern. Die Konferenzleitung
schloß sich in keiner Weise der Stellungnahme der Gold-
standardländer an. Was ferner die Erklärung der Gold-
währungsänderung betreffe, unter den gegenwärtigen Um-
ständen an keinen Währungsverhandlungen teilzunehmen,
so beziehe sich diese einschränkende Bemerkung lediglich auf
die Stabilisierungsfrage, solange also keine Stabilisierung
erreicht sei.

Von deutscher Seite waren an der Bürokratie Herr
Krogmann und der deutsche Botschafter von Hoesch vertre-
ten, die jedoch zu dem Streit der Meinungen keine
Stellung nahmen. Der deutsche Standpunkt geht, wie in
den Kreisen der deutschen Abordnung verlautet, dahin,
daß man in keiner Weise den Goldstandardländern in
den Arm zu fallen wünsche, zumal ihr Standpunkt, eine
baldige Stabilisierung zu erreichen verständlich sei. An-
dererseits wünsche man aber auch nicht, an einer irgend-
wie gearteten Front gegen Amerika teilzunehmen. Im
übrigen sei Deutschland nach wie vor zur internationalen
Zusammenarbeit bereit.

USA. kehrt Europa den Rücken.

Radikale Kursänderung Roosevelts.

Während Roosevelt mit aller Kraft bemüht ist,
das riesige amerikanische Wirtschaftsprogramm restlos
durchzuführen, wird unter der Einwirkung der Lon-
doner Ereignisse auch eine völlige Umstel-
lung der amerikanischen Außenpolitik vorge-
nommen. Washington ist entschlossen, sich von Europa
freizumachen und seine Politik ganz auf Südamerika
und die Länder am Stillen Ozean, hauptsächlich Japan
und Rußland, einzustellen.

In Washington wird erklärt, daß die inter-
nationalen Konferenzen nichts eingebracht hätten
und Amerika dabei stets den kürzeren gezogen habe.
Von der Abrüstungskonferenz sei nichts mehr zu
erwarten. Es wird bezweifelt, daß der bisherige
Abrüstungsdelegierte Norman Davis zur nächsten
Genfer Tagung fährt.

Da die ausgerüsteten Nationen, wie z. B. Frankreich,
sich trotz der verschiedenen amerikanischen Vorschläge gegen
die Durchführung einer wirklichen Abrüstung wehren, be-
zweifelt man in Washington den praktischen Wert einer
Fortsetzung der Abrüstungsbesprechungen.

Es bestehe auch kein Vertrauen mehr zum Kellogg-
Pakt und zum Schiedsgerichtsverfahren. Auch in der
Kriegsschuldenfrage sei Amerika über vor-
teilt worden. Amerikas Schuld Europa gegenüber
sei zu Ende. Schon deshalb könnte es keine Über-
raschung sein, daß Washington die vorzeitige Dollar-
stabilisierung glatt verweigert habe.

Erste Auswirkungen des Dollarfalls.

Ferner berichten New Yorker Blätter, die Regierung
sei entschlossen, die Politik der hohen Zollmauern
fortzusetzen. Roosevelts Autarkieprogramm zielt darauf
ab, daß sich Einfuhr und Ausfuhr die Waage halten. Der
starke Dollarfall führe automatisch zu einer Einfuhr-
verminderung, die bereits stark erkennbar sei.

Auch sonst beginnt sich die Inflation jetzt für die
amerikanische Hausfrau spürbar auszuwirken. Die Klein-
handelspreise auf dem Lebensmittelmarkt sind über Nacht
um 30 bis 60 Prozent gestiegen. Landwirtschaftssekretär
Wallace gab bekannt, daß gegen Lebensmittelwucherer mit
den allerhöchsten Mitteln vorgegangen werde.

Keine Teilnahme Norman Davis an der nächsten Genfer Tagung?

Die Abschließung Amerikas gegenüber Europa wird
offensichtlich auf der ganzen Linie durchgeführt. Unterrich-
tete Kreise melden, daß Norman Davis möglicherweise
nicht zur nächsten Genfer Tagung gehen werde, denn die
Regierung frage sich, ob die kommenden Beratungen in
Genf so wichtig seien, daß Norman Davis dabei sein müsse.
Da die ausgerüsteten Nationen sich trotz der verschiedenen
amerikanischen Vorschläge gegen die Durchführung einer
wirklichen Abrüstung wehren, bezweifelt man in Washing-
ton den praktischen Wert einer Fortsetzung der Ab-
rüstungsbesprechungen. Falls die Weltung zutrifft, zeigt
sie die äußerste Entschlossenheit Roosevelts, in seiner
hauptsächlich auf Frankreich zurückzuführenden Verärgerung
einen völlig neuen Kurs einzuschlagen. Die Ehrlichkeit
der französischen Politik wird in Amerika allenthalben
bezweifelt.

Kurze politische Nachrichten.

Nach einer Auskunft der Reichszeugmeisterei der
Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei dürfen
die Halbkreuzabzeichen mit den Umschriften
„Nun erst recht“ und „In Treue fest“ vom
1. August 1933 ab nicht mehr getragen werden.
Diese Abzeichen sehen dem parteiamtlichen Mitglieds-
abzeichen sehr ähnlich und stellen mindestens für den
stüchtigen Beschauer eine Verwirrung dar, die im Inter-
esse der Parteimitglieder unterbleiben muß.

Das Reichsministerium für Propaganda und Volks-
aufklärung warnt eindringlich vor Betrügnern, die
sich Zutritt zu den Wohnungen verschaffen mit der Be-
hauptung, sie seien von der „Reichspressestelle“ mit der
Nachprüfung des Zeitungsbezuges beauftragt. Diese Be-
trüger und Provokateure tragen zum Teil SA-Uniform.
Es wird ersucht, diese Vurschen, wo sie sich zeigen, der
Polizei zu übergeben.

Die Glaubensbewegung Deutsche Christen beab-
sichtigt, ab 15. Juli eine Mitgliedersperre für
evangelische Geistliche einzurichten, da es infolge
des starken Zustromes von neuen Mitgliedern unmöglich
ist, die Neuanmeldungen in Kürze zu registrieren.

Die vor kurzem gegen den Katholischen Jung-
männerbund getroffenen Maßnahmen sind insofern
rückgängig gemacht worden, als das beschlagnahmte
Material und das Vermögen zurückgegeben wurden, so-
weit es zur Fortführung des Geschäftsverkehrs nötig ist.

Die Reichsstatthalter beim Kanzler

Wie amtlich mitgeteilt wird, fand in der Reichs-
kanzlei unter dem Vorsitz des Reichskanzlers eine Be-
sprechung der Reichsstatthalter in Gegenwart des Reichs-
innenministers und des preussischen Ministerpräsidenten
statt. Der Reichskanzler nahm in eingehenden Darlegun-
gen zu den grundsätzlichen Fragen der Innen-, Außen-
und Wirtschaftspolitik Stellung, wobei er grundlegende
Ausführungen über den staatlichen Aufbau und das Ge-
füge des Reiches in der Zukunft machte.

Die Reichsstatthalter sollen die Repräsentanten des
nationalen Einheitsgefühls und die absoluten Statt-
halter einer autoritären Reichsgewalt sein.

Der Reichskanzler verurteilte ferner scharf gewisse
Methoden der wirtschaftlichen Gleichschaltung und betonte
die Bedeutung der praktischen Erfahrung in der Wirt-
schaft gegenüber unproduktiven Konstruktionen und Ideen.

Dr. Schacht über die Währungsfrage.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht erklärte in einer
Unterredung in dem Londoner Blatt „Evening Standard“
unter Bezugnahme auf die jüngsten Ereignisse in London
und Washington, daß er die Stabilisierung der
Währungen als Grundlage für den finanziellen Wieder-
aufbau der Welt ansehe. Die bedauerlichste Erscheinung
der heutigen Zeit sei, daß Währungsentwertun-
gen Teile einer allgemeinen Politik in der Welt ge-
worden seien. Eingehend auf

die deutsche Schuldenlage

erklärte Dr. Schacht, daß es unter den gegenwärtigen Um-
ständen absolut unmöglich sei, die Schulden zu
bezahlen, die Deutschland durch äußeren Druck auf-
gezwungen worden seien. Die Tatsache ferner, daß
durch die Entwertung des Dollars und des Pfundes die
deutsche Schuld herabgesetzt sei, werde dadurch völlig
ausgeglichen, daß sich hierdurch die Konkurrenz der
anderen Länder auf Kosten des deutschen Ausfuhr-
handels gestärkt habe. Dr. Schacht sprach sich dann
gegen eine Einheitsfront der europäischen
Goldstandardländer gegen Amerika aus. Die
Amerikaner hätten uns vielmehr gelehrt, daß ein jeder
seine Pflicht für sich selbst tun solle. Jedes
Volk müsse auf seine eigenen Kräfte ver-
trauen! Die Nationen können nicht von Kredit leben,
sondern nur von ihrer eigenen Arbeit.

Reichsminister Darré und das Eugenbergsche Entschuldungsgesetz.

Beschleunigte Prüfung der Änderungs- und Verbesserungs-
möglichkeiten angeordnet.

Amtlich wird mitgeteilt:

Bei Übernahme des Reichsministeriums für Ernäh-
rung und Landwirtschaft hat Reichsminister Darré das
Gesetz zur Regelung der landwirtschaftlichen Schuld-
verhältnisse vorgefunden. Die Einstellung des
Ministers zu diesem Gesetz ist bekannt. Eine sofortige
Umgestaltung des Gesetzes ist nicht möglich. Der Minister
hat aber angeordnet, beschleunigt zu prüfen, inwiefern auf
der Grundlage des Gesetzes Änderungen und Ver-
besserungen getroffen werden können, die dem von
ihm im Interesse der Gesundheit des Bauern-
standes verfolgten Ziele entsprechen.

Die Aufgaben des neuen Generalinspektors.

Dr. Todt dem Kanzler unmittelbar unterstellt.
Der Reichskanzler empfing den neu ernannten
Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen, Dr.-Ing.
Fritz Todt, und wies ihn in seine Aufgabe ein. Der
Generalinspektor ist keinem Ministerium angegliedert, son-
dern dem Reichskanzler unmittelbar unterstellt. Seine
Aufgabe ist die Überwachung des Gesamt-
gebietes des deutschen Straßenwesens, mit dem Ziel der
Erbauung eines großzügigen Netzes reiner Autobahnen.

Industrialisierung Ostpreußens.

Einzelheiten aus dem Rettungsprogramm.

Aber die Aktion zur Rettung Ostpreußens kann
die Königsberger Preussische Zeitung u. a. folgende
Einzelheiten in Erfahrung bringen:

Die Provinz Ostpreußen soll weitgehend indu-
strialisiert werden, und zwar durch Schaffung von
Filialbetrieben der im Reich bereits bestehenden
Industrien und durch Verlegung von Betrieben
der weiterverarbeitenden Industrie nach Ostpreußen. In
Frage kommen vor allem die Metallindustrie und die
Textilindustrie.

Die Anlagen werden in ländliche Bezirke ge-
legt, um der Arbeiterschaft genügend Land zuteilen zu
können und sie bodenständig zu machen. Für die Heran-
schaffung der Rohstoffe bietet der Seeweg günstige
Möglichkeiten. Weiter plant man, die in Ostpreußen be-
stehenden Wasserstraßen auszubauen, man denkt
unter Umständen auch an eine Verlängerung des Ober-
ländischen Kanals bis Allenstein. Auch das Pro-
blem des Masurkanals gewinnt erneute Be-

deutung. Die Lebensfähigkeit der neu zu schaffenden
Industrien in Ostpreußen wird garantiert durch be-
vorzugte Zulassung von öffentlichen und teilweise
auch privaten Aufträgen. Weiterhin soll bei der
technischen Durchführung der Auftragsverteilung das
sogenannte Vorkaufrecht in Kraft treten,
nach dem die öffentlichen Aufträge den öffentlichen ost-
preussischen Kammern vorzulegen sind. Diese versuchen
dann, den Auftrag in Ostpreußen unterzubringen. Es ist
ferner daran gedacht, die Königsberger Albertus-Univer-
sität zu einer Nationaluniversität umzubauen,
eventuell auch ein großes Nationaltheater in Ost-
preußen zu schaffen.

Diese Maßnahmen werden automatisch Menschen vom
Westen zum Osten abziehen lassen, dort eine Ausforderung
zur Folge haben und hier einen stärkeren Wall in der ge-
fährdeten Provinz schaffen.

Frühere bayerische Minister in Schutzhaft.

Die bayerische politische Polizei hat den früheren
Außenminister Dr. Goldenberger in Schutzhaft
genommen und in die Gefangenenanstalt Stadelheim
überführt. Weiter hat sie den früheren Innenminister
Dr. Schwegler festgenommen. Dr. Schwegler hat
an den ehemaligen Ministerpräsidenten Dr. Held eine
Brief geschrieben, in dem er sich in unerhörter Weise über
neue Regierung ausgelassen hat. Bei der Vernehmung hat
er neuerdings den Reichskanzler Hitler in größter
Weise beleidigt. Dr. Schwegler wird dem Gericht
übergeben werden.

Unter der tschechischen Knute.

Die Leiden der Subetenbeutenden.

Vor dem tschechischen Kreisgericht in Troppau hatten
sich mehrere Militärs aus dem Hultschiner Ländchen
wegen Gewalttätigkeiten gegen Polizisten und wegen
Singens verbotener Lieder zu verantworten. Die An-
geklagten wurden zu schweren Kerkerstrafen von
drei bis achtzehn Monaten verurteilt, überdies wurden
ihnen die bürgerlichen Ehrenrechte abgesprochen.

Von den vielen Verhaftungen unter der tschechischen
Bevölkerung in Mähren erregt der neueste Vorfall
großes Aufsehen: der Lehrer Rupert Fröhlich von der
deutschen Schule in Stalek war nach Groß-Smilowitz ver-
setzt worden. Seine Schüler gaben ihm zu Ehren einen
musikalischen Abschiedsabend. Als der Lehrer hierfür
dankte, soll er gesagt haben: „Es werden schon
bessere Zeiten kommen“. Kommen den Tages
wurde er zeitig aus dem Bett heraus in das Gerichts-
gefängnis nach Znaim eingeliefert.

Arbeiter-Samariterbund geht im Roten Kreuz auf.

Es besteht die Absicht, die Formationen des
Arbeiter-Samariter-Bundes in Preußen und
den Ländern, die den Arbeiter-Samariter-Bund noch nicht
aufgelöst haben, nach ihrer Umgestaltung im national-
sozialistischen Sinne in das Kolonnenwesen des Deutschen
Roten Kreuzes zu überführen. Diese Aufgabe
wird der Chef des Sanitätswesens der SA, Generalober-
stabsarzt a. D. Dr. Hocheisen, als besonderer Beauf-
tragter des Reichsministers des Innern durchführen.
Im Zusammenhang hiermit wird bekanntgegeben, daß
die Umgestaltung des Deutschen Roten
Kreuzes im Sinne der nationalsozialistischen Be-
wegung, die Dr. Hocheisen gleichfalls als besonderer Be-
auftragter des Reichsministers des Innern durchzuführen
hat, in nächster Zeit abgeschlossen sein wird.

Lokales und Provinzielles.

Halber, den 7. Juli 1933.

Hitlers Anwesenheit ungewiß.

Wie der „Dortmunder G.A.“ mitteilt, ist die An-
wesenheit Adolf Hitlers beim Westfälischen SA-Treffen
in Dortmund noch ungewiß. Dringende Regierungsge-
schäfte hindern den Führer, schon heute eine feste Zusage
zu geben.

Gewittersommer.

Bekommen wir einen Gewittersommer, eine an elek-
trischen Entladungen der Wolken besonders reiche Hoch-
sommerzeit? Manches läßt darauf schließen. War doch
die Zahl der „Wärmegewitter“, die sich infolge starker Er-
wärmung der Erdoberfläche bilden und mehr oder
weniger rasch sich fortbewegen, in den letzten Juni-
tagen groß. Und diese Junigewitter, die zum Teil von außer-
ordentlich starken Regengüssen begleitet wurden, haben
nicht nur großen Sachschaden angerichtet, sondern leider
auch Menschenleben vernichtet.

Im allgemeinen beginnt bei uns die Gewitterperio-
de bereits Mitte April; die Häufigkeit der Gewitter errei-
cht dann meist im Juni den Höhepunkt, worauf die Zahl der
Gewitter zuerst allmählich und später — etwa von Mitte
August an — immer rascher abnimmt. Eine Sache für sich
sind die Wintergewitter, die zu allen Tageszeiten mit der
gleichen Häufigkeit auftreten, während die meisten Wärmegewitter
in den Nachmittags- und in den ersten Morgen-
stunden zur Entwicklung gelangen. Auf die Nachtzeit fällt
eine weit geringere Zahl von Gewittern, als man
gemeinlich annehmen dürfte. Auffallend erscheint der
Einfluß des Mondes auf Gewitter: zur Zeit des
Neumondes und des ersten Viertels treten sie häufiger auf
als während der anderen Mondphasen.

Was die Gewitter so bedrohlich macht, ist, wie jeder-
mann weiß, die Blitzgefahr, die Gefährdung von Menschen,
Gebäuden usw. durch den Blitz. Man hat festgestellt, daß
die größte Zahl der Blitzschläge in die Nach-
mittagsstunden fällt. In flachen Gegenden sind
Gebäude dem Blitzschlag mehr ausgesetzt als in gebirgigen,
was sich daraus erklärt, daß in Gebirgsgegenden die Ort-
schaften meist in den Tälern liegen, die höchsten Punkte
daher in der Regel unbewohnt sind, während in der
Ebene die Gebäude sich als hervorragende Punkte dar-
bieten. Jede Erhöhung, auf der ein Gebäude liegt, sowie
die Nähe von Flüssen und Seen bedingen eine Erhöhung
der Blitzgefahr, wogegen die Nähe von Wald die Gefahr
vermindert. Außerdem wächst die Blitzgefahr mit der
Höhe der Gebäude, was am augenscheinlichsten durch die
große Gefährdung der Kirchen bewiesen wird.

Zeigt, daß ihr Volksgenossen seid!

Neuer Rundfunkaufruf des Staatssekretärs Reinhardt.
Der Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, Fritz Reinhardt, hat am 6. Juli durch Rundfunk an alle Volksgenossen und Volksgenossinnen den folgenden Aufruf gerichtet:

„Dem Aufruf, den ich im Auftrage der Reichsregierung heute vor einer Woche an alle Volksgenossen und Volksgenossinnen durch Rundfunk gerichtet habe, ist zahlreich Folge geleistet worden. Unzählige Beamte und Angestellte haben einen Teil ihres am 30. Juni fällig gewordenen Gehalts und unzählige Arbeiter einen Teil ihres am 1. Juli fällig gewordenen Lohnes als freiwillige Spende zur Förderung der nationalen Arbeit geleistet. Sie haben darüber hinaus ihren Arbeitgeber ersucht, ihnen bis auf Widerruf von ihrem Gehalt oder Lohne einen bestimmten Hundertsatz einzubehalten und den Betrag als freiwillige Spende zur Förderung der nationalen Arbeit für sie an das Finanzamt abzuführen.“

Wo ein solches Ersuchen gestellt worden ist, behält der Arbeitgeber bis auf weiteres den vom Arbeitnehmer bestimmten Teil des Lohnes ein, um diesen für den Arbeitnehmer als freiwillige Spende zur Förderung der nationalen Arbeit an das Finanzamt abzuführen. Bei der Berechnung des Abzugs der Lohnsteuer vom Arbeitslohn ist in dem Fall nicht vom rohen Arbeitslohn, sondern von dem um den Spendenbetrag gekürzten Lohnbetrag auszugehen. Auf diese Weise ermäßigt sich jedesmal der Betrag der vom Arbeitgeber einzubehaltenden Lohnsteuer.

Ein Beamter, Angestellter oder Arbeiter, der ein Ersuchen der bezeichneten Art an seinen Arbeitgeber gerichtet hat, kann dieses Ersuchen jederzeit widerrufen. Er ist also nicht verpflichtet, sich einen bestimmten Hundertsatz auf eine bestimmte Zeit abziehen zu lassen, sondern es steht ihm vollkommen frei, wie lange er sich an dem großen Werk der freiwilligen Spende zur Förderung der nationalen Arbeit beteiligen will.

Ein Beamter, Angestellter oder Arbeiter, der ein Ersuchen der bezeichneten Art an seinen Arbeitgeber noch nicht gerichtet hat, holt das so schnell wie möglich nach, wenn auch er zum Ausdruck zu bringen wünscht, daß er sich denjenigen Volksgenossen gegenüber, die ohne Arbeit und ohne natürliches Einkommen sind, verbunden fühlt.

Diejenigen Volksgenossen und Volksgenossinnen, die nicht in einem Arbeitnehmerverhältnis stehen, sondern Unternehmer, Angehörige eines freien Berufs oder Rentner sind, und die großen Lohn- und Gehaltsempfänger erhalten in den nächsten Tagen und Wochen den Einkommensteuerveranlagungsbescheid für das Jahr 1932. Viele dieser Volksgenossen werden diesem Steuerbescheid gemäß einen Erstattungsanspruch an das Finanzamt haben, nämlich dann, wenn die Summe der für 1932 festgesetzten Einkommensteuer unter der Summe der geleisteten Vorauszahlungen zurückbleibt. Von solchen Volksgenossen und Volksgenossinnen ist zu wünschen, daß sie nach Erhalt des Steuerbescheides an das Finanzamt das Ersuchen richten, ihnen in Höhe des Erstattungsbetrages einen Spendenschein zu senden. Das bedeutet, daß der Steuerpflichtige das Finanzamt ersucht, den ihm im Weg der Erstattung zustehenden Betrag als freiwillige Spende zur Förderung der nationalen Arbeit zu verwenden und ihm darüber einen entsprechenden Spendenschein zu senden.

Diejenigen Volksgenossen, die Aufsichtsratsvergütungen beziehen, ersuchen die Gesellschaft, deren Aufsichtsrat sie angehören, von dem Betrag der jeweils zur Auszahlung kommenden Aufsichtsratsvergütung einen angemessenen Hundertsatz als freiwillige Spende zur Förderung der nationalen Arbeit einzubehalten und für sie an das Finanzamt abzuführen.

Die freiwillige Spende zur Förderung der nationalen Arbeit kann geleistet werden: 1. in bar, durch Zahlliste, durch Postchecküberweisung oder durch Banküberweisung, oder 2. durch das Ersuchen an den Arbeitgeber, einen bestimmten Hundertsatz des Lohnes oder Gehalts als freiwillige Spende einzubehalten und an das Finanzamt abzuführen, oder 3. durch das Ersuchen an das Finanzamt, einen zuviel gezahlten Steuerbetrag als freiwillige Spende zu verwenden, oder 4. durch das Ersuchen an die Kapitalgesellschaft, einen bestimmten Hundertsatz der Aufsichtsratsvergütung als freiwillige Spende einzubehalten und an das Finanzamt abzuführen.

Jeder Betrag, der, einerlei in welcher Form, als freiwillige Spende zur Förderung der nationalen Arbeit gegeben wird, fließt einem Sondervermögen des Reiches zu. Dieses wird reiflos verwendet zur Finanzierung öffentlicher Aufträge und somit zur Vermehrung der Arbeit und zur Verminderung der Arbeitslosigkeit.

Jeder Betrag, der als freiwillige Spende zur Förderung der nationalen Arbeit gegeben wird, und sei er noch so klein, bedeutet Arbeit; denn jeder Betrag wird verwendet zur Vermehrung der Arbeit.
Freiwillige Spende zur Förderung der nationalen Arbeit wird nicht nur von natürlichen Personen geleistet, sondern auch von Kapitalgesellschaften, Vereinen und Verbänden. Es sei hier beispielsweise nur an den nationalsozialistischen Lehrerbund des Gau's Sachsen gedacht, der 120 000 Mark freiwillige Spende zur Förderung der nationalen Arbeit geleistet hat, an den Bund der Reichssteuerbeamten, der 20 000 Mark als freiwillige Spende zur Förderung der nationalen Arbeit geleistet hat usw.

Deutsche Männer und Frauen, zeigt, daß ihr Volksgenossen und Volksgenossinnen seid, beteiligt euch alle an der freiwilligen Spende zur Förderung der nationalen Arbeit, dem großen Werk der Verminderung der Arbeitslosigkeit und damit des wirtschaftlichen und sozialen Aufbaues der Nation!“

Das westdeutsche Handwerk

im 2. Vierteljahr 1933.

Von der Handwerkskammer wird uns geschrieben:

Die wirtschaftliche Entwicklung im verflochtenen 2. Vierteljahr 1933 ist charakterisiert durch die Anzeichen einer Belebung des Arbeitsmarktes. Zwar ist die Belebung noch relativ gering, aber sie ist da und bildet einen Grund, um auch im Handwerk neue Hoffnungen zu wecken. Die besondere Wirtschaftslage des Handwerks ist z. B. wenig übersichtlich und den einzelnen Berufszweigen und kritischen Verhältnissen nach durchaus nicht einheitlich. Durchweg kann festgestellt werden, daß die Beschäftigung in den Städten leicht angezogen hat, während in den Betrieben der ländlichen Bezirke meistens die lebensnotwendige Arbeit noch fehlt. Voraussetzung für die allgemeine Belebung bleibt, daß die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Regierung schnellstens auf der ganzen Linie

Kommunistische Mörder

Bier Todesurteile im B.G.-Prozeß.

Antwort des Staates auf eine Tat menschlicher Verkommenheit.
Unter außergewöhnlicher Spannung verurteilte der Vorsitzende des Schwurgerichts beim Landgericht II Berlin, Landgerichtsdirektor Schmidt, das Urteil gegen die B.G.-Räuber:

„Die Angeklagten Hildebrand, Hoheisel, Willi Krebs und Achtenhagen werden wegen gemeinschaftlichen Mordes, begangen in Tateinheit mit gemeinschaftlichem schweren Raub mit Todeserfolg mit dem Tode bestraft, die Angeklagten Hildebrand, Hoheisel und Willi Krebs wurden außerdem wegen gemeinschaftlichen Totschlages in Tateinheit mit gemeinschaftlichem schwerem Raub mit Todeserfolg zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Ferner wurden Hildebrand, Hoheisel und Willi Krebs wegen gemeinschaftlichen schweren Raub zu fünfzehn Jahren Zuchthaus verurteilt.“

Der Angeklagte Achtenhagen wurde wegen gemeinschaftlicher räuberischer Erpressung in Tateinheit mit gemeinschaftlichem schweren Raub zu fünfzehn Jahren Zuchthaus verurteilt, der Angeklagte Wientke wegen Totschlages in Tateinheit mit schwerem Raub zu lebenslänglichem Zuchthaus, der Angeklagte Schöne wegen gemeinschaftlicher Erpressung zu sieben Jahren Gefängnis, der Angeklagte Hans Krebs wegen gemeinschaftlichen schweren Raubes und Hehlerei zu zehn Jahren Zuchthaus, der Angeklagte Klann wegen Hehlerei in fünf Fällen zu vier Jahren Gefängnis und der Angeklagte Stach wegen Hehlerei in einem Fall zu sechs Monaten Gefängnis. Den Angeklagten Hildebrand, Hoheisel, Willi Krebs, Achtenhagen und Wientke wurden die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer der Lebenszeit aberkannt. Dem Angeklagten Hans Krebs wurden die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von zehn, dem Angeklagten Hans Klann auf die Dauer von fünf Jahren aberkannt.“

Während die Angeklagten das Urteil zunächst gefaßt entgegennahmen, brach der Angeklagte Fritz Wientke im Verlauf der Begründung durch den Vorsitzenden in laute Schreikämpfe aus, während der Angeklagte Achtenhagen ohnmächtig zusammenbrach.

Der Zuhörerraum war besonders durch Polizeimannschaften gesichert. Den weiblichen Personen war der Zutritt streng untersagt worden. In der

festgesetzt werden und daß sich ebenfalls die Kreditversorgung des Handwerks wesentlich bessert.

Wie aus den Berichten der Arbeitsämter hervorgeht, sind Neueinstellungen im Baugewerbe erfolgt. Die Zahlungsweise der Auftraggeber gibt zu lebhaften Klagen Anlaß. Die für einen Teil des Arbeitsbeschaffungsprogramms vorgesehene Aufbringung der Mittel dürfte infolge Schwierigkeiten bereiten, als es den meisten Handwerksbetrieben nicht möglich ist, 20% der Auftragssumme aus eigenen Mitteln für die Dauer von 5 Jahren zur Verfügung zu stellen. Außerordentlich drückend wurden auch während der Berichtszeit die Schäden empfunden, die durch die Schwarzarbeit verursacht wurden. Das Baugewerbe hat darüber hinaus besonders über die immer stärker in Erscheinung tretende Regierarbeit der größeren Privatbetriebe zu klagen. Während früher das Bauhandwerk an der Ausführung laufender Unterhaltungsarbeiten in den Fabriken einen guten Nischhalt hatte, ist es jetzt aus diesem Arbeitsgebiet größtenteils hinausgedrängt worden. Die Fabriken stellen einzelne Arbeiter, zum Teil größere Kolonnen ein, um bei niedrigem Wochenlohn die Unterhaltungsarbeiten selbst auszuführen.

Die Aufträge im Malerhandwerk, das in den ersten Monaten des Vierteljahres gut in Arbeit gekommen war, sind inzwischen erledigt worden. Neuaufträge dagegen sind nur spärlich. Dieses Gewerbe leidet auf Grund seiner Eigenart ganz besonders unter der Schwarzarbeit. Hinzu kommt noch, daß sich die Preisbildung unter dem Druck der Verhältnisse außerordentlich ungünstig gestaltet hat. Im Installations- und Klempnerhandwerk ist eine leichte Besserung zu verzeichnen. Allerdings hat sich der Arbeitsertrag infolge der Erhöhung der Rohstoffpreise nicht wesentlich verändert.

Die Lage in den Holzverarbeitenden Gewerken ist nicht einheitlich. Überall dort, wo das Bauhauptgewerbe Aufträge hereinnehmen könnte, ist auch das Bautischlergewerbe mit Arbeit bedacht worden. Ein großer Teil der Betriebe muß sich dagegen mit kleinsten Reparaturen begnügen. In der Möbelfabrikation besteht die Hoffnung, daß die von der Regierung gewährten **Eckstandsdarlehen** auch für die Möbelschreinerischen Aufträge bringen werden.

Eine wesentliche Besserung des Beschäftigungsgrades in den metallverarbeitenden Gewerken ist in dem letzten Vierteljahr noch nicht eingetreten. Bau- und Maschinenbauereien sind durchweg nur mit Reparaturarbeiten beschäftigt.

Im Bekleidungs-gewerbe hat die Saison eine gewisse Belebung gebracht, aber bei der kühlen Witterung hat das Publikum mit seinen Aufträgen für die Sommergarbe vielfach zurückgehalten. Die Zahlungsweise ist außerordentlich schleppend. Barzahlung ist eine Seltenheit. Im Schuhmacher- und Friseurhandwerk mehrten sich die Klagen über zunehmende Schwarzarbeit.

Im Nahrungsmittelgewerbe muß der Umfah im Verhältnis zu den übrigen Berufszweigen als zufriedenstellend bezeichnet werden. Im Bäcker- und Konditorengewerbe ist das Geschäft, das sich in den ersten Monaten des Vierteljahres relativ gut entwickelt hatte, etwas stiller geworden. Das Anziehen der Mehlpreise hat eine Verteuerung der Produkte herbeigeführt, ohne daß eine Preiserhöhung für Nachwaren vorgenommen werden konnte. Aus dem Fleischerhandwerk werden ebenfalls Umfaherbußen gemeldet, die aber wahrscheinlich mit der Reisezeit zusammenhängen. Das Borgunwesen fügt gerade diesem Berufszweig große Schäden zu.

Deutsches Christentum.

Deutsches Christentum — was heißt das, was für Ziele fassen diese Worte in sich? ... Das alle Christen auf der Welt deutsch sein sollen? So meinen, so unterstellen

Urteilsbegründung

führte der Vorsitzende u. a. aus, das Schwurgericht habe jetzt die Pflicht, die Antwort des Staates zu geben, die die schreckliche Tat der Angeklagten verdiene. Ein Abgrund tieffster menschlicher Verkommenheit habe sich vor Gericht und Öffentlichkeit aufgetan. Das Tun der Angeklagten sei auf dem Komunistischen Kampf der letzten Jahre erwachsen. Wenn es möglich sei, daß ein Raubmörder in der Presse bedauert wurde, weil ihnen ein Opfer in den Weg gelaufen ist, so ist es vielleicht zu verstehen, daß in den Angeklagten der Glaube an eine Knochenweichheit der staatlichen Organe sich aufgetan hat. Aber auch hierin liege keine Ursache für das Gericht, Milde walten zu lassen. Es sei kein Zweifel, daß alle Angeklagten sich bis zum letzten Ende kommunistisch betätigt hätten. Das Schwurgericht sehe seine besondere Aufgabe darin, gegen solche Elemente mit aller Schärfe vorzugehen.

Mit der Verurteilung wurde eine Tat gesühnt, die die Öffentlichkeit seinerzeit ungeheuer erregt hat. Die B.G.-Räuber hatten eine ganze Reihe von Verbrechen begangen. Die schlimmste Tat aber war der Raubmord vor dem Charlottenburger Rathaus im September 1932. Die Banditen überfielen einen städtischen Geldtransport und erbeuteten 35 000 Mark. Dem Schnellfeuer, das sie eröffneten, war ein Beamter erlegen, mehrere wurden schwer verletzt.

Neue kommunistische Organisation aufgedeckt.

Entscheidender Schlag der Altonaer Polizei.

Wie der Pressereferent des Polizeipräsidiums Altona mitteilt, ist der dortigen Polizei ein entscheidender Schlag gegen eine neue kommunistische Organisation gelungen. Nach wochenlangen, mühseligen und mit außerordentlichem Geschick gemachten Beobachtungen ist zugepackt worden. Umfangreiches hochverräterisches Material ist beschlagnahmt worden, und zahlreiche kommunistische Funktionäre wurden verhaftet. Weitere aus der Aktion sich ergebende Verhaftungen stehen für die nächsten Tage bevor. Mit diesem Schlag ist der von der KPD für die nächste Zeit neu aufgebaute Apparat in die Hände der Polizei gelangt. Der Apparat erstreckte sich über die ganze Provinz Schleswig-Holstein. Es ist klar erwiesen, daß die KPD sich im Geheimen einen neuen Propaganda- und Organisationsapparat aufgebaut hatte, der nun ausgeschaltet ist. Weitere Einzelheiten können im Interesse der Untersuchung noch nicht bekanntgegeben werden.

es die Gegner vielleicht. Daß alle Deutschen auch Christen sein sollen: Das ist Sinn und Ziel der beiden Worte.

Man fragt: Ist das nicht zuviel vorgenommen: Alle Deutschen sollen Christen sein? Ist denn das Christentum so leicht wie das kleine Einmaleins, sodaß es „mit Erfolg“ von jedem Volksgenossen begriffen und ergriffen werden könnte, oder ist das Christentum wie eine Epidemie, die sich mit Blitzgeschwindigkeit und unaufhaltsam in einem Volke verbreiten könnte?

Die Antwort lautet: Im allgemeinen ist das Christentum weder ein Einmaleins, noch eine Art heilsamer Epidemie. Es ist eine Angelegenheit langer und schwerer Arbeit. Aber! Gott gibt Zeiten in das Leben eines Volkes hinein, die für das Evangelium eine „offene Tür“ bedeuten. In solchen Zeiten werden die Glaubenden mit sehr viel Mut begnadet und halten mit Recht für möglich, was bisher unmöglich war. Alle Deutschen ... auch Christen! Nimmt man das Wort Christ nicht als Kirchensteuer- und Taufschilling, sondern als das, was es bedeutet: ein Mensch, der sich in Jesus Christus geredet und verpflichtet weiß, so scheint diese Forderung fast unmöglich. Die „Glaubensbewegung der Deutschen Christen“ jedoch hält sie nicht für unmöglich, denn sie erkennt in dieser ungeheuren Zeit eine „offene Tür“ Gottes für unser Volk.

Ueberlegen wir einmal, um zu zeigen, daß es sich nicht um eine bloße Partei handelt, das Wort nationalsozialistisch mit deutschvolksbrüderlich. In dieser deutschvolksbrüderlichen Bewegung nun hat uns Gott, das ist unser Glaube und unsere innerste Erfahrung, nicht irgendeine Bewegung gegeben, die sich in Art und Inhalt von anderen kaum unterscheidet, sondern etwas grundanderes, etwas, was mit der Inbrunst einer Eröberungsreligion unser Volk ergriffen hat. Nationalsozialismus trägt in sich Religion und alle Sehnsucht einer Religion! Deshalb aber begnügt er sich mit dem Namen und ohne daß es irgendwelcher Mangel oder irgendeiner Mache bedürfe, dem Christentum. Und deshalb muß der christliche Funke überall aufblitzen, wo der Nationalsozialismus einen deutschen Menschen ergriffen hat. Und weiterhin: deshalb gründet sich in uns der Glaube, daß alle deutschen Menschen für das Christentum heute, in dieser Stunde, aufs Neue gewonnen werden können.

Es ist noch sehr viel mehr in der scheinbar politischen Bewegung unseres Volkes, was dem Christentum entgegenkommt, besonders Werte sittlicher Art, aber darüber soll hier nicht gesprochen werden. Hier liegt die Hauptbetonung auf der Religion, Haltung der Bewegung. Alle Religion aber sehnt sich nach der großen und ganzen Offenbarung Gottes in Jesus Christus. In dieser Stunde sehnt sich das ganze deutsche Volk nach Jesus Christus.

Kein Zweifel: Diese Sehnsucht ist ihm vielfach noch unbewußt. Wir sind dazu da, diese Sehnsucht unserm Volke deutlich und klar und bewußt zu machen. „Heute, so ihr seine Stimme haret, so verstocket euer Herz nicht!“ Das ist ein Ruf, der heute gilt, vorab den Verkündigern des Evangeliums, so wie unser gottgeschenktes Heute in Kraft und Blut gilt. Woher wissen wir, was Gott morgen schenken oder verhängen wird? Heute ist offene Tür und sind offene Herzen. Morgen sind vielleicht Tür und Herz wieder verschlossen. Aber haben wir etwa die Zukunft in der Hand? Bewahre uns Gott davor, daß wir mit lebenden Augen nicht sehen und mit hörenden Ohren nicht hören!

Darum also heiße unser aller Ruf: Das Evangelium dem deutschen Volk, unverfälscht, aber auch nicht unnötig erschwert und nicht durch irgendwelche superfrommen Beimengungen ungenießbar gemacht! Das Evangelium unserem Volk! Denn es sehnt sich danach, wie offenbar nie zuvor seit Luthers Tagen!

Walter Giezewski.

Etwas merkwürdig klingt die Feststellung, daß vom Blitz mehr Männer als Frauen getroffen werden; man will das darauf zurückführen, daß mehr Männer als Frauen im Freien arbeiten und dort größeren Gefahren ausgesetzt sind. Leute unter Regenschirmen, Leute, die unter einem einzelnen stehenden Baum Schutz suchen, Leute, die eine Turmglocke läuten, werden besonders oft getroffen. Gruppen von Menschen sollen nicht so oft getroffen werden wie Einzelpersonen.

Man kann oft hören, daß unter den Bäumen die Eichen während eines Gewitters besonders gefährlich seien, während die Buchen als ungefährlich gelten: „vor den Eichen sollst du weichen, doch die Buchen darfst du suchen“, sagt das Volk. Das ist jedoch unbedingt falsch, denn während eines Gewitters sind alle Bäume, die einzeln stehen, gefährlich, die Buchen nicht minder als die Eichen, und es sollte sich kein Mensch einfallen lassen, unter einer einzelnen Buche Schutz vor dem Gewitter zu suchen. Es wird behauptet, daß etwa drei Viertel aller Leute, die vom Blitz getroffen werden, zugrundegehen. Die Überlebenden zeigen oft langdauernde nervöse Störungen, Lähmungen einzelner Körperteile und ganzer Körperhälfte, Krämpfe, Schwerhörigkeit, Blindheit usw. Am häufigsten sind leichte, fleckweise auftretende Verbrennungen als Folge des Blitzschlages.

Trotz alledem sollten wir uns durch die Gewitter nicht bange machen lassen und besonders unseren Kindern die Gewitterfurcht schon frühzeitig ausreden suchen. Ist doch die Zahl vortrefflicher Blitzschutzvorrichtungen jetzt so groß, daß die Gefahren, die ein Gewitter mit sich bringt, immer mehr herabgemindert werden!

Halver

—) **Jahrplanänderung.** Die an Werktagen verkehrenden Personenzüge an Halver 13.42 Uhr, ab Halver nach Nadebormwald 14 Uhr, und ab Nadebormwald 14.51 Uhr an Halver 15.15, ab Halver 15.17 Uhr nach Brügge, fahren im Monat Juli verkehrsweise auch **Sonntags**. Ob diese Züge für die Folge weiterhin an Sonntagen verkehren, hängt lediglich von einer starken Benutzung dieser Züge ab und es kann nur dringend empfohlen werden bei Sonntagsreisen möglichst diese Züge zu benutzen.

—) Eine Zusammenkunft der **SA-Reserve** fand gestern abend bei Wirt Böhle-Eichholz statt zwecks Ausgestaltung der SA-Reserve. Sturmführer ist Gärtners Fritz Vornmann-Schalksmühle. Die Anmeldefrist läuft mit dem heutigen Tage ab.

Die Freilichtspiele in Halver.

Nur noch wenige Tage trennen uns von der ersten Aufführung der Heimatpieler, des Dilettantenvereins „Hohenzollern“, auf der Freilichtbühne „auf den Stöcken“.

„Das Volk steht auf“

Ein Volkschauspiel zur Jahrhundertfeier der Freiheitskriege in 5 Akten von Kurt Vellbrück, so betitelt sich die diesjährige Aufführung, die an den 4 Sonntagen im Juli zur Darstellung gelangt.

In der idyllisch gelegenen Talmulde hinter dem Friedhof haben in diesem Sommer fleißige Hände ein kleines Dorf errichten lassen. Alte Bauernhäuser mit Stroh gedeckt, geben dem ganzen Bühnenaufbau ein altertümliches Gepräge. Im Hintergrund ragt der Kirchturm mit dem goldenen Kreuz hervor. Das Rathaus mit der Freitreppe und dem Ratstisch stehen im Mittelpunkt der ganzen Aufführung. An dem Staudwehr steht die Mühle mit dem Wasserrad. Straßen nach Berlin und Leipzig gibt der aufgestellte Wegweiser an. Ein Ziehbrunnen vor dem Rathausplatz reiht sich verschönend dem Dorfbild an.

Dieses schöne Fleckchen Erde war in der letzten Zeit das Wanderziel vieler Einheimischer und Fremder. Alle sind voll des Lobes über den wunderbar in Gottes freier Natur geschaffenen Bühnenaufbau. — Die letzte Hand wird in diesen Tagen angelegt um die Anlage zu vervollständigen. Am Samstag nachmittag findet eine Schülervorstellung statt, gewissermaßen die Generalprobe für die erste Hauptvorstellung am Sonntag nachmittag. — Aus dem Inhalt des vorstehenden Schauspielers sei kurz folgendes erwähnt:

Das Stück beginnt mit der lebendigen Schilderung der Leiden, die Preußens Bevölkerung unter der Tyrannei Napoleons und seiner Soldaten während des Auszuges der großen Armee nach Rußland ertragen muß. In die Herzen der von Haß erfüllten Patrioten fällt der erste Hoffnungsschrahl, als einzelne Soldaten der in Rußland zugrunde gegangenen Armee in jammervollem Zustand zurückkehren. Nun kann es wieder tagen nach langer Nacht, der Sturm bricht los, das Volk steht auf, bringt die höchsten Opfer dar und greift todesmutig zu den Waffen! — Napoleon aber bleibt vorläufig noch Sieger, die Heere der Verbündeten werden geschlagen und auch Körner sinkt in den Tod. — Erst als Napoleon sich Desterreich zum Gegner gemacht, beginnt sein Stern zu erlöschen. Den ersten großen Erfolg erringt Blücher. Nun hebt sich der Mut des Volkes wieder und vorwärts geht es, bis durch den Sieg in der Völkerschlacht bei Leipzig die Befreiung des Vaterlandes gesichert ist.

In diesem von hoher Begeisterung durchwehten Volkschauspiel wird in anschaulicher Weise eine der größten Episoden deutscher Geschichte vorgeführt. Packende Handlung und kraftvolle Sprache reißen den Zuhörer mit fort. Persönlichkeiten wie, Napoleon, Blücher, Lützow, Kaiser Alexander von Rußland, Kaiser Franz von Desterreich, König Friedrich Wilhelm III., Körner und andre mehr treten lebendig hervor.

Keiner darf sich dieses gewaltige Erlebnis der Freiheitskriege aus dem Jahre 1813, das so recht in die heutige Zeit paßt, entgehen lassen. Die Aufführungen finden am 9., 16., 23. und 30. Juli statt. Das große Wagnis des Dilettantenvereins bedarf der weitgehendsten Unterstützung aller Mitbürger des Amtes Halver und noch weit darüber hinaus. Hoffentlich bleibt das Wetter schön und warm, dann wird der Erfolg nicht ausbleiben. (Siehe Inserat.)

—) **Carthausen.** Der **Raninchenzuchtverein** versammelte seine Mitglieder am Samstag, den 1. Juli um die nach der Gleichschaltung erforderlichen Maßnahmen zu besprechen. Der Vorstand des Vereins hatte am 10. 6. seinen Rücktritt erklärt um die Gleichschaltung des Vereins in die Wege zu leiten. Zum 1. Vorsitzenden wählte man Ernst Feld, Eichholz zumeist. Der 1. Schriftführer, 1. Kassierer und Zuchtverwalter wurden ebenfalls wiedergewählt. Zum Fellschwarz wurde Carl Eider gewählt. Der Verein erklärte einstimmig seinen Beitritt zum Reichsverband deutscher Raninchenzüchter. Um den Wert der Raninchenzucht weiter zu verbreiten wird am Sonntag, den 9. Juli in den Gartenanlagen des Herrn Ernst vom Berg in Deddinghausen ein Züchter-Verbetag veranstaltet. Aufklärungen über Zucht und Ziel wird hier gerne erteilt.

Einführung des neuen Bürgermeisters Hermens in Kierspe.

—) Am Donnerstag nachmittag traf der neue Bürgermeister des Amtes Kierspe, Walter Hermens aus Plettenberg in seinem neuen Wirkungskreise ein. Zu seinem Empfang hatten sich der stellvert. Bürgermeister Dr. Wahl, die Gemeindevertreter Müller-Kierspe und Buchholz-Königs, sowie die Vertreter der Amtsversammlung und der Gemeindevertretungen von Kierspe und Königs eingefunden. Der neue Bürgermeister wurde auf dem Bahnhofsplatz von Herrn Dr. Wahl begrüßt. Darauf überreichten ein paar junge Mädchen einen Blumenstrauß und entboten ihm in einem kurzen Gedicht ein Willkommen. Nachdem Dr. Wahl die Vertreter der Körperschaften vorgestellt hatte, brachten 5 Autos den neuen Bürgermeister und die zu seinem Empfang erschienenen Herren zum hiesigen Amtshause. Hier begrüßte der Obmann der NSD Gewald Jöller, den neuen Leiter des Amtes mit einem dreifachen Sieg Heil. Vom Bund deutscher Mädel überreichte die Gruppenführerin Hildegard Alte einen Rosenstrauß. Von der Hitler-Jugend begrüßte der Führer Hugo Haase Willi Sohn das neue Oberhaupt. Im Sitzungssaal des Amtshauses hatten sich die Kommunalbeamten zur Begrüßung versammelt. Der stellvert. Bürgermeister Dr. Wahl nahm das Wort zu einer Ansprache. Er begrüßte seinen Nachfolger mit herzlichen Worten und gab sodann einen kleinen Überblick über die äußeren und inneren Verhältnisse der Gemeinde, die äußerste Sparsamkeit bei den vielen Schulden zur Pflicht mache. Die Vielgestaltigkeit verlange ein zielbewußtes Arbeiten, das er bisher nach dem Grundsatz „Tue recht und scheue niemand“ durchzuführen bestrebt gewesen sei. Er stattete den Vertretungen für ihre treue Mitarbeit seinen Dank ab und übergab sodann seine Amtsgeschäfte an Herrn Bürgermeister Hermens.

An Volksbelustigungen fehlt es auch nicht. Die Musik wird ausgeführt von Mitgliedern der Feuerwehrkapelle Halver. Der Tanz ist frei. Am Sonntag darf die Parole sämtlicher Spaziergänger nur heißen: Auf zum Züchter-Verbetag nach Deddinghausen.

Schalksmühle

—) Die Tagesordnung für die Sitzung der Gemeindevertretung Schalksmühle umfaßt folgende Punkte: 1. Haushaltsplan 1933. 2. Besteuerungsbeschuß 1933. 3. Erhebung von Kanalbenutzungsgebühren für 1933. 4. Erhebung von Müllabfuhrgebühren für 1933. 5. Aufnahme eines laufenden Kassenkredits für 1933. 6. Ueber-schreitung von Sollbeträgen des Haushaltsplanes für 1932. 7. Neuwahl des Gewerbesteuerzuschusses. 8. Entschädigung für die ehrenamtliche Tätigkeit. 9. Erlaß eines Ortsstatuts betr. die Zahl der Mitglieder der Gemeindevertretung Schalksmühle. 10. Bedingungen für den Verkauf von Gemeindegrundstücken. 11. Vergebung der Müllabfuhr. 12. Abtretung von Grundeigentum. 13. Antrag auf anderweitige Festsetzung der Wohnungsmiete.

!) Vom 7. Juli ab hat Pfarrer Schmalenbach Urlaub beantragt. Während des Urlaubs werden die Gottesdienste erst um 10½ Uhr beginnen, da die Nachbarnpfarrer vertreten müssen und auch in ihren Gemeinden zu predigen haben. Der Kinder-Gottesdienst ist dann schon um 9½ Uhr. Amtshandlungen sind im Pfarrhause rechtzeitig anzumelden.

Brügge

—) Die Verlosung der Frauenhilfe findet am Donnerstag, den 20. Juli, nachm. 3 Uhr, im Niggelohschen Saale statt. Kaffee ohne Zubrot kostet 50 Pfg. Lose sind bei den Bezirksfrauen oder im Pfarrhause zum Preise von 50 Pfg. erhältlich. 3 Lose, von denen eines sicher gewinnt, kosten 1.20 RM. Der Ertrag ist zum Besten unserer Frauenhilfe.

—) Der Einladung des Brügger Turnvereins e. V. zur Gründung einer Frauen-Gesundheits-Niege waren über 30 Damen gefolgt, sodaß die Gründung vorgenommen werden konnte. Man sieht hieraus, daß der Turnverein auch in dieser Beziehung wieder das Richtige getroffen hat. Die Übungsstunden sollen jede Woche stattfinden.

Kierspe

—) Mit der Vertretungsweise Verwaltung der Stelle des Bürgermeisters des Amtes in Kierspe ist der bisherige f. Bürgermeister Hermens aus Plettenberg beauftragt worden.

Kierspe-Bhf.

—) Die NSD. Zelle Kierspe-Bhf. hielt im Lokale des Pg. Weiland am Tannenbaum einen öffentlichen Zellenabend ab. Der Ortsgruppenleiter Pg. August Schröder eröffnete denselben. Er begrüßte besonders den Kreisbetriebszellenleiter Pg. Muß-Altena, dem er auch das Wort zu einem Vortrage über die deutsche Arbeitsfront und den Tariffrieden erteilte. Herr Muß-Altena, dem man wohl die NSD als politische Machtruppe und die Gewerkschaften als wirtschaftliche Machtruppe ansehe. Es sei aber nicht von der Hand zu weisen, daß die NSD jederzeit beides in sich vereinige, weil sie in jeder Sache das entscheidende Wort zu sprechen habe. Sie vertrete auch die berechtigten Interessen der Arbeiterschaft. Die NSD sei als Elitetruppe zu betrachten, weil aus ihr allein demnächst die Führer der Arbeitsfront gewählt werden. Für die erste Zeit sei allerdings eine Aufnahmeprobe verhängt. Zu der Frage der Tariffriede nahm Pg. M. Stellung und erklärte, daß der abgeschlossene Arbeitsfrieden sowohl vom Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer eingehalten werden müsse. In anderen Fällen könne der letztere seine Arbeitsstelle verlieren und Unterstützung erhalte er dann nicht. Was die zahlreichen Verbände in 70 Jahren nicht hätten schaffen können, habe die NSD in kaum 14 Tagen erreicht; denn die deutsche Arbeitsfront sei hergestellt. Wer in Zukunft der Berufsorganisation fern bleibe sei als Staatsbürger 2. Klasse zu betrachten und verliere sofort seine Arbeit ohne aber Unterstützung zu erhalten. Der Tariffriede sehe vor, daß nach dem 16. Mai 1933 kein Arbeiter mehr entlassen werde dürfe; es sei denn, daß er sich der politischen Unzuverlässigkeit oder einer ehrverletzenden Handlung schuldig gemacht habe. Eine Kürzung der Tariffriede komme nicht in Frage; auch dann nicht, wenn Löhne über dem Tarif bezahlt würden. Eine Bezahlung unter Tariflohn dürfe auch nicht mehr erfolgen. Vorliegende Mängel seien sofort zu melden, damit sie abgestellt würden. Sollte sich ein Arbeitgeber weigern, so ständen für ihn die Tore

zu längeren Ausführungen dankte der neue Bürgermeister für den herzlichen Empfang. Er betonte, daß nach einer 30jährigen Tätigkeit in Plettenberg ihm der Abschied schwer gefallen sei, das ihm aber der heutige Empfang den Abschied erleichtert habe. Aus seiner früheren Tätigkeit wisse er, was sparen zu bedeuten habe und erklärte sein Streben nach Gesundheit der Finanzen an. Es würde aber auch ohne Opfer nicht möglich sein. Als treuer Sachwalter Adolf Hitlers verlange es die Pflicht von ihm, ebenso treu zu seinen Ideen zu stehen wie er einst als Offizier vom ersten bis zum letzten Tage in dem großen Ringen des Weltkrieges durchgehalten habe. Die Körperschaften hat er, ihn in seinem Wirken zu unterstützen. Er wünschte sodann, daß über seinem Tum der Herrgott und das nationale Gewissen die Richtschnur gebe und schloß mit den Worten „Das walle Gott“. Gemeindevertreter Müller überbrachte die Grüße der Gemeinde Kierspe, indem er betonte, daß der schöne Tag in der Natur als Beginn der Amtszeit des Bürgermeisters eine gute Bedeutung haben möge für die Zukunft. Er wolle gerne mit ihm zusammen arbeiten und wünschte, daß auf der Arbeit Gottes reichster Segen ruhen möge. Nachdem auch Gemeindevertreter Buchholz-Königs die Grüße seiner Gemeinde zum Ausdruck gebracht hatte, verbrachte der Stationsführer der NSD, Bremder-Kierspe-Bhf., treue Gefolgschaft zum Nutzen der Gemeinde. — Möge dem neuen Bürgermeister in seinem jetzigen Wirkungskreis eine Arbeit beschieden sein zu seiner eigenen wie zu unserer aller Zufriedenheit. Er darf versichert sein, daß dem Ernste seiner Bestrebungen die ganze Gemeinde Anerkennung zollen wird, durch vollste Bereitschaft dazu, mitzuarbeiten an einem einigenden neuen großen Vaterlande.

der Konzentrationslager offen. Weigert sich der Arbeiter, so kann er entlassen werden. Die Arbeitswoche zähle 48 Stunden. Bei Ueberstunden seien 25% bzw. 50% Zuschlag zu zahlen. Alle Ueberstunden bedürften der Genehmigung. Um das Doppelverdienstern zu beseitigen, sei mit dem größten Teil der Arbeitgeber in den Kreisen Altena, Jserlohn, Mechelen und Olpe ein Vertrag abgeschlossen, wonach alle vorliegenden Fälle geprüft und diese Arbeitsstellen sofort von Erwerbslosen zu besetzen seien. Hierbei seien zunächst die SA-Kämpfer zu berücksichtigen und später auch die Männer über 40 Jahre. Die Einstellung richtet sich allerdings nach der Wirtschaftlichkeit der Betriebe, die keinesfalls unterbunden werden soll. Ueber die Zugehörigkeit zu den Verbänden berichtete Pg. Muß ausführlich und betonte, daß auch diese Frage in Kürze geregelt werde; denn es gebe in Zukunft nur noch einen großen Verband. Die Frage der Gewährung von Ferien wurde ebenfalls behandelt. Der Urlaub darf nur dann bezahlt werden, wenn solcher auch tatsächlich genommen werde. Im anderen Falle wird der Arbeiter als Saboteur bestraft. Eine Urlaubswoche gelte als 48 Stunden. Die Entlohnung habe sich nach dem bisherigen Verdienst zu richten. Die Ausführung von nicht genehmigter Ueberarbeit könne mit Strafe bis zu 20.000 RM belegt werden. Diese Strafgebühren fließen dem Fonds für Arbeitsbeschaffung zu. Zum Schluß dankte der Ortsgruppenleiter dem Redner für seine Ausführungen. Mit einem Sieg Heil auf den Führer Adolf Hitler wurde die Versammlung geschlossen.

—) Im Lokal Fritz Weiland hielt der vor einigen Monaten ins Leben gerufene Schwimmverein „Neptun“ Kierspe-Bhf. seine erste Generalversammlung ab. Hermann Bleider jr. eröffnete die Versammlung und dankte allen Erschienenen für das an den Tag gelegte Interesse für den jungen Verein. Zu Punkt 1 der Tagesordnung verlas Karl Bachaus das Protokoll der Gründungsversammlung, sowie die Vorstandsitzung. Als weitere Arbeiten wurden die geschäftsmäßigen Vorbedingungen durchgeführt, um die Aufnahme der Mitglieder usw. zu ermöglichen. Mit dem Besitzer des Freibades in der Hummel, Herrn Wilh. Vollmer, sind zahlreiche Verhandlungen geführt worden. Bei der Vorstandswahl wurden zunächst nur der Führer des Vereins und der technische Leiter bestimmt. Diese beiden bestimmten von sich aus den weiteren Vorstand. Zum Führer wurde Hermann Bleider jr. vorgeschlagen und gewählt. Zum praktischen Vereinsleiter wurde der neu hinzugezogene Zahnarzt Dr. Arndt auserselzen. Beide Herren versprachen, ihre ganzen Kräfte in den Dienst des Schwimmports zu setzen. Die Einweihung des neuen Schwimmbades soll am Sonntag, dem 16. Juli erfolgen. Der Lüdenscheider Schwimmverein 01, der die Patenschaft über den hiesigen jungen Verein übernommen hat, hat seine Beteiligung fest zugesagt. Der hiesige Verein wird bei dieser Gelegenheit zum ersten Mal mit einer Schwimmmeisterschaft an die Öffentlichkeit treten. Bei der Einweihung sollen alle Arten des Schwimmens, Kunstspringen, Wasserreigen und lustige Pantomimen im Wasser gezeigt werden. Am Einweihungstage sollen gemäß der bestehenden Bestimmungen am Schwimmbad zwei Flaggennäse mit der schwarz-weiß-roten und der Hakenkreuzfahne aufgestellt werden. Aus den bisherigen Verhandlungen mit dem Besitzer des Schwimmbades ist zu erwähnen, daß die Mitglieder des Vereins an 4 Pflichtabenden im Monat frei haben. Dafür zahlt der Verein an den Strandbadebesitzer eine angemessene Pauschale. Die weitere Benutzung des Bades durch Mitglieder kostet einschließlich Garderobe 10 Pfg. pro Bad. Bei Schwimmveranstaltungen, die der Verein von sich aus aufzieht, soll dieser an den Einnahmen beteiligt werden. Unter Verschiedenes wurden noch wichtige Versicherungsfragen der Mitglieder besprochen und soll in dieser Richtung die notwendigen Schritte sofort unternommen werden. Für die Vereinsmitglieder soll eine schwarze Badehose mit weißem Besatz angeschafft werden.

Sagen. Der frühere Hagener Polizeipräsident aus der Haft entlassen. Der Pressedirektor des Landgerichts Sagen teilt mit: In der Strafsache gegen den ehemaligen Polizeipräsidenten Schöbel und weitere Beamte des Hagener Polizeipräsidiums ist nunmehr der gegen Schöbel und den Polizeinspektor Prüfer seinerzeit vom Untersuchungsrichter erlassene Haftbefehl durch die hiesige Strafkammer aufgehoben worden, da nach dem jetzt vorliegenden Ergebnis der Voruntersuchung ein dringender Tatverdacht nach Ansicht der Strafkammer nicht mehr besteht. Den gegen den Polizeiobersekretär Eichel ergangenen Haftbefehl hat der Untersuchungsrichter bereits vor einiger Zeit wieder aufgehoben. Der Fortgang des Verfahrens wird durch diese Entscheidung nicht berührt.

Altena. Kürzlich war hier die Frau des Matrahenspanners Quandt mit Drillingen niedergekommen. Es waren drei Knaben, welche die Vornamen Georg-Adolf, Hermann-Josef und Horst-Paul erhielten und sich alle

Wohlauf befinden. Auch der Mutter geht es gut. Es war für sie natürlich nicht einfach, alle drei mit der gleichen Sorgfalt zu betreuen, und dabei ihren sonstigen Hausfrauenpflichten nachzukommen. Von privater Seite ist dabei jetzt der Familie Du. eine Hausangestellte auf ein Jahr kostenlos zur Verfügung gestellt worden, ein schönes Zeichen wahrer Volksgemeinschaft.

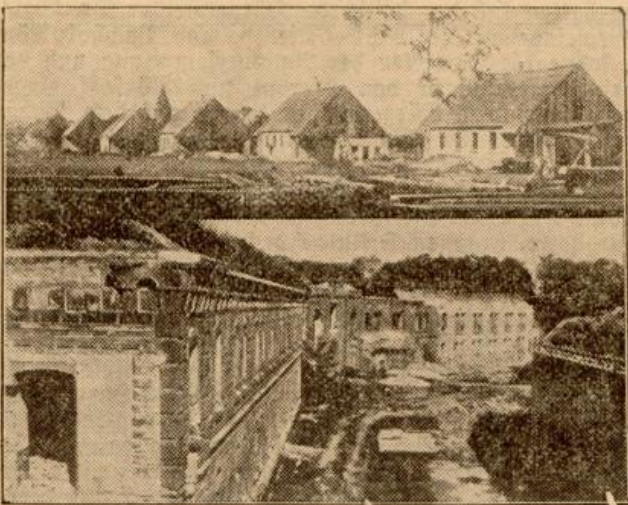
n Radevormwald. 13637 Einwohner. Die am 16. Juni stattgefundene Volks-, Berufs- und Betriebszählung hatte folgendes Ergebnis: In 3945 Haushaltungen wurden insgesamt 13637 Einwohner gezählt, davon 6701 männliche und 6936 weibliche Personen. Es wurden weiter gezählt 455 land- und forstwirtschaftliche Betriebe sowie 295 Gewerbebetriebe.

Nah und Fern

○ Beim Pistolenreinigen erschossen. Als ein Maschinenbauvolontär in seiner Wohnung in Hamburg mit dem Reinigen seiner Pistole beschäftigt war, löste sich plötzlich ein Schuß. Die Kugel durchschlug das Fenster und traf ein auf der Straße stehendes 14jähriges Mädchen, das durch einen Rückenstich tödlich verletzt wurde.

○ Ferienfahrt in den Tod. In einer scharfen Rechtskurve zwischen Melrichstadt und Henneberg kam der mit sechs Personen besetzte Kraftwagen des in die Sommerferien fahrenden Direktors Hübner aus Braunschweig, der von der Frau gesteuert wurde, vom Wege ab, raste eine Böschung hinab und kippte um. Frau Hübner erlitt so schwere Verletzungen, daß sie kurz darauf verstarb. Die übrigen Insassen kamen mit mehr oder weniger schweren Verletzungen davon.

○ Zwei Seminaristen beim Baden ertrunken. Bei einem Ausflug des Priesterseminars Braunsberg an die Frische Nebrung ertranken zwei Seminaristen aus Danzig beim Baden in der Ostsee.



Aus Festungswerten werden Wohnhäuser gebaut.

Aus dem Material des Fort Viehler bei Erbenheim nahe Mainz, das gegenwärtig geschleift wird, baut man eine Stadtrandfiedlung. Auf unserem Bilde unten sieht man den Stand der Abbrucharbeiten an dem Befestigungswert — oben die Stadtrandfiedlung Viehler, die zu 95 Prozent aus dem Material des ehemaligen Forts errichtet worden ist.

Was man noch wissen muß.

Kommunistische Studenten werden von den Hochschulen entfernt.

Berlin. Der preussische Kultusminister hat verfügt, daß alle Studierenden, die sich nachweislich in den letzten Jahren in kommunistischem Sinne betätigt haben, sofort vom Studium an den preussischen Hochschulen auszuschließen sind.

Dr. Hallermann

ins preussische Landwirtschaftsministerium berufen.

Berlin. Der preussische Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, Darré, hat Dr. Hallermann, Halle-Saale, als Kommissar zur besonderen Verwendung in das preussische Landwirtschaftsministerium, Domänen und Forsten berufen.

Begrüßungstelegramm des Deutschen Brauerbundes an den Kanzler.

Königsberg (Ostpr.). Anlässlich seiner Ostmarkenreise in Königsberg (Ostpr.) hat der Deutsche Brauerbund an den Reichskanzler Adolf Hitler ein Telegramm geschickt, in dem er dem deutschen Volkskanzler ehrfurchtsvolle Grüße entbietet.

Dr. Krutenberg beurlaubt.

Berlin. Dr. Krutenberg ist als Geschäftsführer der Reichsrundfunkgesellschaft beurlaubt worden.

Acht kommunistische Landesverräter festgenommen.

Reddinghausen. Die Staatspolizeistelle Reddinghausen hat acht kommunistische Greuelbeher und Landesverräter festgenommen. Die Festgenommenen haben das Zentralorgan des verbotenen kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands „Junge Garde“ verbreitet. Das Blatt enthielt geradezu unglaubliche Meldungen über angeblich in Deutschland verübte Greuelstaten.

Schriftleitung: Wilhelm Bell, Halber i. Westf.

Sigung

der
Gemeinde-Vertretung
Schalksmühle
am Donnerstag, dem 13. Juli
ds. Mts., nachm. 3 1/2
Uhr im Kaffeehaus Schulz
in Schalksmühle.

Schalksmühle, den 5. Juli 33.
Der h. Gemeindevorsteher.

Ausflugsort
Wilhelmshöh.

Sonntag, den 9. Juli

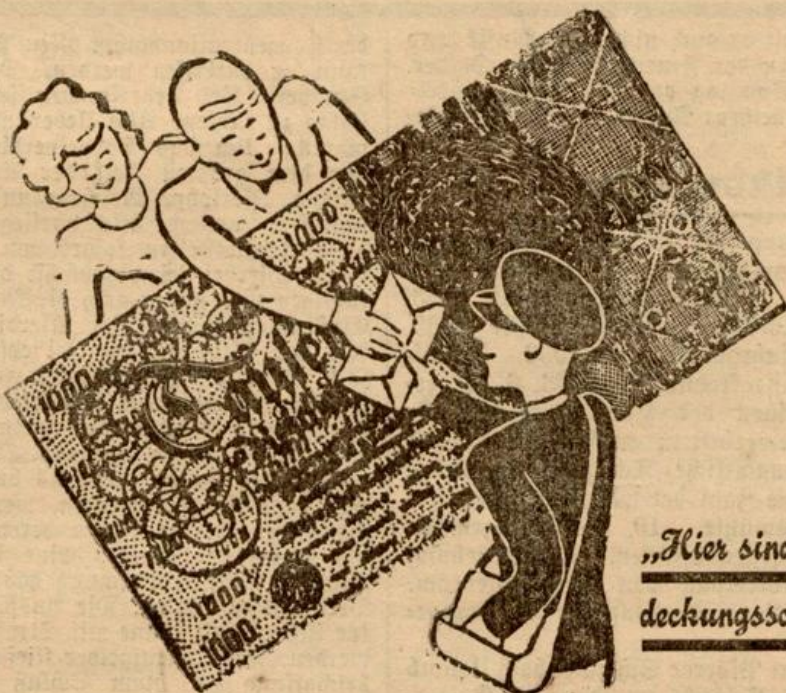


Eintritt frei.

Für die Badefaison
empfehle:

Badedauben,
Badeschuhe,
Wasserbälle,
Tennisringe.
Haut-Funktionsöle u. Fette
Sämtliche Artikel zur
Körperpflege.

Halverische
Medizinal-Drogerie.
C. Menke.



Jetzt können Sie bald heiraten,

denn mit dem 1000 Mark Ehestandsdarlehen können Sie sich sicher alles vollends anschaffen. —

„Vielen Dank, wir haben uns bereits wundervolle und preiswerte Möbel ausgesucht im bekannten

Möbelhaus Aug. Bührmann

Iserlohn und Lüdenscheid

Ueber unverzinsl. Ehestandsdarlehen erhalten Sie gerne Auskunft

Freilichtspiele Halver 1933.

Naturbühne auf den Stöcken.

Dilettanten-Verein „Hohenzollern“ Halver 1899.

Geschäftsstelle Halver, Südstr. 5, Fernspr. 395.

Am Sonntag, den 9. Juli, Anfang 3 1/2 Uhr

Eröffnungs-Vorstellung

Das Volk steht auf

Schauspiel von Kurt Delbrück in 5 Akten, zur Zeit der Freiheitskriege 1812—1813, ca. 120 Spieler und Reiter, 1500 Sitzplätze, Gewaltige Bühnenbauten, Prachtkostüme.

Samstag, den 8. Juli, Anfang 3 1/2 Uhr

Schüler- und Kinder-Vorstellung.

Eintrittspreise: Mk. 1.20, 1.-, Familienkarten 2 Personen Mk. 1.50, Erwerbslose gegen Ausweis Mk. 0.50, Kinder in Schülervorstellung Mk. 0.20, in Hauptvorstellung Mk. 0.30, Geschlossene Vereine von 20 Mann an 0.50 Mk. pro Person.

Die Karten behalten ihre Gültigkeit im Falle wenn nicht gespielt wird.

Eintrittspreise werden nicht zurückgezahlt.

Fahrgelegenheit per Bahn und Omnibus nach allen Richtungen.

Graue Haare?
Jugendliche Farbe gibt

Orfa

Wiederhersteller
ergrautem Haar zurück.

Orfa
macht jung!
wirkt sicher!
ist unschädlich!

Flasche RM. 1.80

Heinr. Schulte,
Halver und Brügge.

Mittwoch 4 Uhr Jungf. Mädchen, 3,30 Uhr
Jünglingsverein, Bibelbesprechung. Donnerstag,
4 Uhr Missions-Handarbeitsstunde. Freitag 8,30
Uhr Männerchor.

Freie evangelische Gemeinde Halver. Sonnt.
tag, morgens 9,45 Uhr Erbauungsstunde, 11 Uhr
Sonntagschule, nachm. 4 Uhr Bibelstunde, (Missions-
sonntag von de Wal, Neukirchen). Montag,
abds. 8,30 Uhr Jungmänner-Bibelkreis. Dienstag
abends 8,30 Uhr Gem. Chor. Mittwoch nachm. 4
Uhr Frauen-Missionsstunde, abends 8,15 Uhr
Jungmädchenverein Donnerstag abends 8,30 Uhr
Gebetsstunde. Freitag abends 8,30 Uhr Männer-
chor.

Blaukreuzverein Halver. Sonntag den 9. Juli
3 Uhr Bibelstunde. Donnerstag, 8,30 Uhr Bibel-
besprechung.

Katholische Gemeinde Halver. Sonntag, den 9.
Juli 7,30 Uhr Frühmesse mit Predigt 10 Uhr
Hochamt mit Predigt. 2,30 Uhr Andacht.

Evang. Gemeinde Brügge. Sonntag, den 9. Juli
10 Uhr Gottesdienst. 11,15 Uhr Kindergottesdienst
Dienstag 8,30 Uhr Kirchenchor. Mittwoch 8 Uhr
Bibelstunde im Konfirmandenjaal. 8 Uhr Posa-
nenchor. Donnerstag 3,30 Uhr Frauenhilfe
Brügge und Ahle im Konfirmandenjaal.

Evang. Gemeinde Schalksmühle. Sonntag 9,30
Uhr Kindergottesdienst, 10,30 Uhr Gottesdienst,
dienstes, 8 Uhr Jungf. 5,30 Uhr Blaukreuz-
stunde, 8 Uhr Gemeinschaftsstunde. Montag 8,30
Uhr Posaunenchor. Dienstag 8,30 Uhr Jungmäd-
chenverein, Mittwoch 3 Uhr Frauenhilfe, 8,30 Uhr
Bibelstunde. Donnerstag 8,30 Uhr Jugendbund f.
C. C., 8,30 Uhr Wochengottesdienst in Dahle-
brück. Freitag 8 Uhr Männerchor. Sonnabend 2
Uhr Steuertermin, 8,30 Uhr Gemischer Chor.

Ev. Gemeinde Breckerfeld. Sonntag d. 9. Juli
1933 (S. S. n. Trinitatis) 10 Uhr Gottesdienst,
11,15 Uhr Kindergottesdienst, 3,30 Uhr Kirchliche
Gemeinschaft. Dienstag 8,30 Uhr Jungmänner-
verein, 8,30 Uhr Kirchenchor im Kindergarten.
Mittwoch 8,30 Uhr Helferkreis des Kindergot-
tesdienstes. Donnerstag, 8,30 Uhr Jungmädchen-
verein. Samstag nachmittag Jungf. Chorstunde 8
Uhr Posaunenchor.

Ev. Gemeinde Kierspe. Sonntag, 9,30 Uhr
Kindergottesdienst, 10,30 Uhr Gottesdienst, Pastor
Meyer zu Ehenhausen. 11,30 Uhr Bücheraus-
gabe. 8,30 Uhr Bibelstunde Badberg. Dienstag
8,30 Uhr Bibelstunde. Freitag 8,30 Uhr Kir-
chenchor. Samstag 8,30 Uhr Männerchor.

Vollwerk. Sonntag, 9,30 Uhr Segelgottesdienst,
10,30 Uhr Kindergottesdienst. Mittwoch 8,30
Uhr Kirchenchor.

Kierspe-Bhf. Sonntag, 9,30 Uhr Kindergottes-
dienst. 10,45 Uhr Segelgottesdienst. 4 Uhr Bibel-
stunde. Montag 8,30 Uhr Gemeinschaftschor.
8,30 Uhr Bibelstunde Höckinghausen. Dienstag
8,15 Uhr Kirchenchor. Mittwoch 8,30 Uhr Jung-
mädchenbund. Freitag 8,30 Uhr Jünglingsver-
ein Bibelbesprechungsstunde. Samstag 2,30 Uhr
Jungf. Chor.

Freie ev. Gemeinde Kierspe-Bhf. Sonntag 9,30
Uhr Gemeinde Erbauungsstunde, 11 Uhr Kinder-
Sonntagschule, 16 Uhr Verammlung für Jedermann.
Dienstag 16 Uhr Frauenverein. 20,30
Uhr Jungfrauenbund. Mittwoch 2,30 Uhr Ge-
betsstunde. Donnerstag 2,30 Uhr Gem. Chor.
Freitag 8,30 Uhr Jünglingsverein.

Statt Karten.

Uenne Hefendehl

Willy Haase

Verlobte

Rückelhausen

Anschlag

8. Juli 1933.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme beim Heimgange unseres
lieben Entschlafenen sowie für die
trostreichen Worte des Herrn Pastors
Dr. Große Dresselhaus sagen wir allen
unsern herzlichsten Dank.

Familie Hugo Lausberg.

Hakenberg, den 7. Juli 1933.

Lohnsteuer-Tabellen

zum Ablesen der Lohnsteuer,
der Ehestandshilfe, der Ab-
gabe zur Arbeitslosenhilfe
usw.

Gültig ab 1. Juli 1933
zu 30, 60 und 90 Pfg.

Wilh. Bell jr., Halver.

Bekanntmachung.

Das

Sammeln von Beeren

in den Wäldern der den Waldbauvereine Altena,
Wiblingwerde, Halver, Hersfeld, Hülsfeld, Kierspe,
Lüdenscheid Stadt und Land, Meinerzhagen, Rön-
fahl und Walbert angeschlossenen Waldbesitzer ist
nur gegen Erlaubnis eines von den Vereinigten
Waldbauvereinen des Kreises Altena herausgege-
benen Erlaubnisscheines gestattet.

Jeder Sammler, der einen solchen Erlaubnis-
schein nicht bei sich führt, macht sich nach § 53 der
Regierungspolizeiverordnung vom 16. Juli 1928
strafbar. Die auf der Rückseite des Erlaubnis-
scheines abgedruckten Bestimmungen sind genau
zu beachten. Vor dem Sammeln unreifer Beeren
wird gewarnt. Das Benutzen von Rämmen ist
polizeilich verboten. Das Beeren sammeln von
6 Uhr abends bis 7 Uhr morgens ist untersagt.
Die Kontrolle wird durch die Förster, Landjäger
und Polizei- und Hilfspolizei-Beamten sowie durch
die Waldbesitzer selbst scharf ausgeübt werden.

Jahres-Erlaubnisscheine sind in den durch
Plakate kenntlich gemachten Wirtschaften und Ge-
schäften gegen Zahlung von 0.50 RM. für jede
Person über 10 Jahre zu haben.

Des Forstfiskus und einzelne Gutsverwaltungen
geben für ihre Waldungen besondere Erlaubnis-
scheine heraus.

Die Vereinigten Waldbauvereine
des Kreises Altena.

Glasurit Fußbodenlackfarbe
Oelbleiweiß und Leinöl
zu billigsten Tagespreisen
Weißquaste, Deckenbürsten
Pinsel.

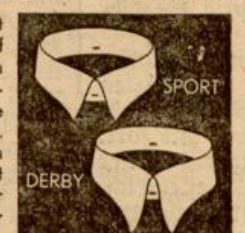
Tapeten

in großer Auswahl von 20 Pfg. an
empfehlen:

Karl Menke, Halver.



denn: MEY-KRAGEN mit
dem feinen Wäschstoff
werden nicht gewaschen
und geplättet, sondern ein-
fach fortgelassen, wenn sie
ihre Pflicht erfüllt haben.
So trägt man immer einen
neuen Kragen. Es gibt
keinen Ärger mit der
Plättwäsche mehr: jeder
MEY, den sie umbinden,
ist blendend weiß und hat
eine einwandfrei gebügel-
te Form.



Dutzend 250
6 St. 1,25 3 St. -45

Aug. Vollmerhaus,
Kierspe-Bhf. i. W.

Kirchliche Nachrichten.

Ev. Gemeinde Halver. Sonntag, d. 9. Juli 1933
Vormittags 9 Uhr Feier d. heiligen Abendmahls,
10 Uhr Gottesdienst, Pastor Dr. Große-Dressel-
haus, 11 Uhr Taufen, Kindergottesdienst. Dienstag
abds. 8 Uhr Kirchenchor. Donnerstag 8,30 Uhr
Vorbereitung f. den Kindergottesdienst. Freitag
abds. 8,30 Uhr Kirchl. Posaunenchor.

Ev. Vereinshaus Halver. Samstag Jungf. Chor,
(Knaben) Teilnahme am Kreisjugendchartreffen, in
Dahle. 8 Uhr Jungfrauenverein, Abmarsch nach
dem Felde, 8,30 Uhr Bibelbesprech. u. Gebets-
stunde. Sonntag 4,30 Uhr Bibelstunde, 8,30 Uhr
Jungvolkstunde. Montag 7,30 Uhr Jünglings-
verein, Rasen Spiele a. d. Karlsböhe (bei Regen 8
Uhr Turnen), 8,30 Uhr Jungfrauenchor.